

Die Bibliotheken in Deutschland und den USA stehen vor vergleichbaren Problemen. Doch im Unterschied zu Deutschland ist der Widerstand der Bibliothekare in den Vereinigten Staaten gegen eine Verschlechterung ihrer Situation massiv und gut organisiert. Im Gespräch mit den BuB-Redakteuren Michael Reisser und Bernd Schleh wundert sich der ehemalige Präsident der American Library Association (ALA), Maurice J. Freedman, über die Zurückhaltung seiner deutschen Berufskollegen. Für den kampferprobten US-Amerikaner ist klar: »Bei knapper werdenden Ressourcen gibt den Bibliotheken niemand etwas freiwillig ab.«

## »Wir müssen für die Bibliotheken kämpfen!« Ehemaliger ALA-Präsident betont Bedeutung der Lobbyarbeit – ein Gespräch mit Maurice J. Freedman

*BuB: Mr. Freedman, Sie haben sich eine Woche lang Bibliotheken in ganz Deutschland angeschaut. Was konnte der ehemalige Chef des weltweit bedeutendsten Bibliotheksverbandes dabei lernen?*

Freedman: Es gab viele Dinge zu beobachten, die für mich neu und überaus interessant waren. Dazu gehört insbesondere die Bibliotheksarchitektur, etwa die spektakulären Neubauten der Stadt- und Landesbibliothek Dortmund oder der SLUB Dresden. Die Wirkung eines neuen Hauses ist nicht zu unterschätzen, denn die Bibliotheken bekommen nicht einfach nur ein neues Gebäude. Neue Räumlichkeiten zwingen die Bibliothekare, sich über ihre Aufgaben klar zu werden, Arbeitsabläufe und Organisationsformen zu hinterfragen. Das kann mitunter sogar zu kontroversen Diskussionen führen, die über Fachkreise hinausreichen und in die Öffentlichkeit getragen werden.

*Eine interessante Aussage aus dem Mund eines amerikanischen Bibliothekars, immerhin gelten Ihre Bibliotheken hierzulande noch immer als Maßstab und Vorbild für die Qualität bibliothekarischer Dienstleistungen.*

In Sachen Nutzerorientierung stimmt die Einstellung in deutschen Bibliotheken, und die Kundschaft spürt das auch. Daran habe ich jedenfalls keine Zweifel. Doch auch wenn ich aufgrund meiner persönlichen Eindrücke Architektur und Professionalität auf der Habenseite abbuche, so gab es durchaus einige Dinge, mit denen ich Probleme habe.

*Was meinen Sie konkret, welche Defizite sind Ihnen aufgefallen?*

Überaus problematisch finde ich zum Beispiel, dass in einer großen Zahl von Öffentlichen Bibliotheken Gebühren erhoben werden. Wer für die Ausleihe zur Kasse gebeten wird, zahlt letztlich für eine Dienstleistung, für die er als Steuer-



Redet Klartext in Sachen Bibliotheken: Maurice J. Freedman beim BuB-Interview im Berliner Kongresszentrum. (Fotos: Reisser/Schleh)

zahler bereits schon auf Einkommen verzichtet hat. Das ist nicht akzeptabel, und zwar auch dann nicht, wenn Gebühren nur für bestimmte Medienarten erhoben werden.

Es geht mir hier aber weniger um den sozialen Aspekt als um ein ganz grundlegendes Prinzip. Im Bewusstsein der Amerikaner leisten die Öffentlichen Bib-

liotheken einen wichtigen Beitrag für ihre Demokratie, sie tragen zur Bildung und Information jedes einzelnen Bürgers bei. Und dazu gehört ganz fundamental die freie und unentgeltliche Nutzung der Bibliothek, ihrer Medien und Dienstleistungen. Dass in den USA im Schnitt 65 Prozent der Einwohner einer Kommune eingeschriebene Bibliotheksnutzer sind,

wäre bei vergleichbaren Gebühren kaum möglich.

Die Public Libraries haben den klar umrissenen Auftrag, alle Bevölkerungsgruppen unabhängig von Alter, Einkommen und sozialem Status zu bedienen und zu unterstützen: Ich bin mir sicher, dass auch die deutschen Bibliothekare dieses Ziel verfolgen. Gebühren mögen ein Ausgleich für sinkende Zuweisungen aus den öffentlichen Kassen sein, in letzter Konsequenz bedeuten sie aber eine Abkehr vom freien Zugang auf Information und beschädigen das Ansehen der Bibliotheken.

*Es wurde im Zusammenhang mit Leseschwäche und Bildungsdefiziten von Kindern aus einkommenschwachen Familien schon der Vorwurf erhoben, die deutschen Öffentlichen Bibliotheken orientierten sich zu stark an der Mittelschicht.*

Sie haben spätestens dann eine Mittelschichtorientierung, wenn bestimmte Bevölkerungskreise ausgeschlossen werden, weil sie sich den teuren Bibliotheksausweis nicht mehr leisten können. Übrig bleibt dann nur noch die Mittel-

---

»In den USA müssten die politisch Verantwortlichen mit erheblich mehr Widerstand rechnen, wenn sie Nutzergebühren einführen wollten. Mir wurde gesagt, dass deutsche Bibliothekare nicht in der Lage seien, einen solchen Protest zu organisieren und die Politik unter Druck zu setzen.«

---

schicht, denn reiche Menschen gehen nicht in Bibliotheken, die kaufen sich ihre Bücher und CDs. Aber auch die Mittelschicht wird unzufrieden werden, wenn die Politik weiter an der Gebührenschraube dreht und nach Buch, CD, Video, DVD auch irgendwann die Vorlesestunden für Kinder kostenpflichtig werden – während gleichzeitig Umfang und Qualität des Angebots sinken.

Ulrich Moeske, Direktor der Stadt- und Landesbibliothek Dortmund, hat mir gegenüber sehr deutlich gemacht, dass diese Entwicklung nicht von den Bibliotheken befördert worden ist, sondern von der Politik, nach dem Motto: »Wir geben euch weniger Geld, dafür bekommt ihr zusätzliche Einnahmen über Gebühren!« Die Bibliotheken seien faktisch machtlos und könnten dem kaum etwas entgegensetzen. In den USA müssten die politisch Verantwortlichen mit erheblich mehr Widerstand rechnen, wenn sie Nutzergebühren einführen wollten. Das hat sicherlich mit einer anderen politischen Kultur zu tun, die sehr viel stärker von Kampf um Einfluss, lautstarkem Protest und aktiver Interessenvertretung geprägt ist. Mir wurde gesagt, dass deutsche Bibliothekare nicht in der Lage sei-

en, einen solchen Protest zu organisieren und die Politik unter Druck zu setzen.

*Die Politik, nicht zuletzt aber auch viele Bibliothekare setzen auf digitale Medien und Internet. Hat die traditionelle Bibliothek, hat das Buch überhaupt noch eine Zukunft?*

Das Buch hat einen sicheren Platz in der Bibliothek der Zukunft. Ich kann diese These schon heute am Beispiel meines eigenen Bibliotheksystems belegen. Wir haben 1999 die Möglichkeit geschaffen, Bücher und andere Medien auch über das Internet zu reservieren. Wurden bis dahin etwa 4 000 Bestellscheine im Monat ausgefüllt, schnellte die Zahl der Reservierungen in den darauf folgenden Jahren auf bis zu 76 000 monatlich hoch.

Wir waren außerdem erstaunt, dass es zu einer verstärkten Nutzung der Altbestände kam; mittlerweile beziehen sich fast 30 Prozent der Reservierungen auf Titel vor 1990. Der einfache Klick auf die Bestelltaste verführt offensichtlich dazu, auch ältere Bücher in Augenschein zu nehmen. Das Internet schafft neue Zu-

gänge nicht nur für Informationsquellen im Netz, sondern auch für die traditionellen Medien in den Bibliotheken. Wenn das Internet die Menschen in die Bibliotheken bringt, wird es in Zukunft vor allem darauf ankommen, den Zugang möglichst einfach und unkompliziert zu gestalten.

*Womit sich der Kreis schließt und wir wieder beim Thema Gebühren gelandet sind, die genau diese Zugänge erschweren oder gar verhindern.*

Ja, und eine Gruppe ist davon ganz besonders betroffen: die Immigranten. Die Idee eines freien, ungehinderten Zugangs zu Wissen und Information in Bibliotheken wurde in den USA Mitte des 19. Jahrhunderts geboren. In diesen Jahren gab es große Einwanderungswellen, und viele der neuen Bürger hatten enorme Schwierigkeiten, sich in der neuen Welt zurechtzufinden. Dem wollte man mit der Schaffung einer Institution, der Public Library, begegnen, an die sich alle Neubürger wenden konnten.

Es ging dabei natürlich zuerst einmal darum, den Immigranten Lesen, Sprache, Kultur und technische Grundkenntnisse zu vermitteln, damit sie ihre tägliche

## Ein Streiter für freie Bibliotheken

Maurice J. (»Mitch«) Freedman war von 2002 bis 2003 Präsident der American Library Association (ALA), dem mit über 65 000 Mitgliedern weltweit größten, mächtigsten und ältesten nationalen Bibliotheksverband. Die Arbeitsschwerpunkte während seiner Amtszeit lagen auf den Gebieten »Freier Zugang zu Bibliotheken und Informationen für alle« sowie »Gerechte und bessere Bezahlung für Bibliothekare«. Unter Freedmans Präsidentschaft wurde die groß angelegte Kampagne »Save America's Libraries« gegen die massiven Haushaltskürzungen bei US-amerikanischen Bibliotheken gestartet. Ein weiteres zentrales Thema kam durch die politischen Ereignisse hinzu: Der Kampf gegen den Patriot Act. Freedman gehört noch immer zu den engagiertesten Kritikern des umstrittenen Anti-Terror-Gesetzes in den USA.

Freedman begann seine Karriere 1955 als Teilzeitkraft in der Öffentlichen Bibliothek von Newark (New Jersey). Es folgten mehrere Praktika in Büchereien und ein Studium am Newark College of Arts and Science, das er 1961 mit dem Bachelor of Art (BA) abschloss. Danach arbeitete Freedman in verschiedenen Bibliotheken, unter anderem in der Library of Congress. Den Master of Library Science (MLS) erhielt er im Jahr 1965 an der University of California, Berkeley. Knapp 20 Jahre später bekam er den Titel Doctor of Philosophy (Ph.D.) in Bibliotheks- und Informationswissenschaften an seiner Heimatuniversität in Newark.

Derzeit ist Freedman als Direktor des Westchester Library System im Bundesstaat New York tätig. Er steht damit einem Verbund vor, der 38 Öffentliche Bibliotheken umfasst und rund eine Million Menschen mit Literatur und Informationen versorgt. Freedman ist nach wie vor in verschiedenen ALA-Gremien und in weiteren Berufsverbänden auf nationaler und lokaler Ebene aktiv. Während seiner langen Berufstätigkeit als Bibliothekar erhielt er zahlreiche Auszeichnungen und war mehrfach zu Forschungs- und Lehrtätigkeiten im Ausland.

Maurice Freedman ist verheiratet und hat vier Kinder. Seine Hobbys sind Filme, Jazz und Fotografie. (slh)

Arbeit erledigen konnten. Die Spenden von Großbürgern für Bibliotheken waren alles andere als selbstlos. Sie wollten eine billige, zuverlässige und gut ausgebildete Arbeiterschaft, und die Public Library half dabei. Allerdings entwickelten sich die Einwanderer nicht nur zu guten Arbeitern, sie fühlten sich irgendwann auch als gute Staatsbürger, bekamen Selbstbe-



»Wer für die Ausleihe zur Kasse gehen wird, zahlt letztlich für eine Dienstleistung...

wusstsein. Und hier liegt der emanzipatorische Kern, der im Prinzip des freien Zugangs zu Bildung und Information seinen Ausdruck findet und bis heute überdauert hat.

Viele Bibliothekare in Deutschland haben verstanden, dass ihre Institution diese wichtige Funktion für Immigranten auch in einer modernen Gesellschaft ausfüllen muss. Es scheint dabei aber keine einheitliche Linie zu geben. Während es zum Beispiel in den Hamburger Bibliotheken zahlreiche Dienste für Menschen türkischer Herkunft gibt, existieren in anderen Städten mit einer vergleichsweise hohen Ausländerquote nur wenige solche Angebote. Die Bibliothekare schienen mir teilweise sogar ziemlich ratlos zu sein, wie sie diese Bevölkerungsgruppe bedienen sollen. Das ruft bei einem Bibliothekar aus den Staaten natürlich Verwunderung hervor, denn Immigranten sind dort eine wichtige und mitunter auch einflussreiche Zielgruppe.

*Müssten stattdessen nicht die Bibliotheksverbände das Thema stärker in den Mittelpunkt stellen?*

Immigranten werden schon durch Gebühren stärker benachteiligt als andere Bevölkerungsteile. Und wenn dann noch das Angebot nicht stimmt, warum sollten sie in die Bibliothek gehen? Es gibt hier eine Gruppe, deren Bedürfnisse in deut-

lichen Bibliotheken offensichtlich nicht ausreichend berücksichtigt werden. Und das ist natürlich schon eine Frage von politischer Dimension.

*Das geltende Urheberrecht bei Print-Medien garantiert einen relativ freien Zugriff auf Informationen aller Art. Medienkonzerne und viele Politiker wollen diesen Zugang bei digitalen Medien einschränken. Wie können Bibliothekare Öffentlichkeit und Politik für dieses Thema sensibilisieren?*

Wir müssen die Öffentlichkeit über dies hoch komplexe Thema informieren. Das ist der Job der Bibliotheksverbände, national und international koordiniert. Wir müssen mit einer Stimme sprechen, was in Deutschland aufgrund der vielen Bibliotheksverbände schon schwierig zu bewerkstelligen ist (lacht).

*In den vergangenen Jahren haben mehrere Verbände fusioniert, wir sind also auf einem guten Weg.*

Das ist auch wichtig, gehört wird nur eine kraftvolle Stimme. In Sachen Urheberrecht ist entscheidend, ob wir der Öffentlichkeit klar machen können, welche Folgen die Reduzierung der Zugänge zu digitalen Ressourcen haben wird und warum eine Reglementierung nicht im öffentlichen Interesse liegt. Das wird ein harter Kampf, denn die Informations- und Medienindustrie will grundsätzlich alles unter das Urheberrecht gestellt wissen, was sie in ihren Datenbanken hat. Höher stehende Interessen der Allgemeinheit sollen im digitalen Umfeld keine Bedeutung mehr haben – und dagegen müssen wir kämpfen!

Das klassische Copyright schützt die Interessen von Urhebern und Allgemeinheit gleichermaßen, von diesem Grundprinzip dürfen wir nicht abgehen. Hinzu kommt, dass in vielen Rechtssystemen – auch in der amerikanischen Verfassung – das Recht auf Eigentum etwa durch die legitimen Interessen von Wissenschaft und Forschung begrenzt wird. Allerdings gab es schon im klassischen Copyright erhebliche Verschiebungen vor allem zugunsten solcher Medienunternehmen, die systematisch die Rechte an bestimmten Werken erwerben, ohne jemals eine eigene Leistung erbracht zu haben. Nehmen Sie zum Beispiel die Figuren aus Grimms Märchen, die durch Adaption in Filmen des Disney-Konzerns plötzlich wieder rechtlich geschützt sind.

Das ist eine schreckliche Entwicklung und zeigt, dass die Konzerne ihre Interessen ohne Rücksicht durchsetzen wollen und teilweise sogar auf vormals öffentliche Güter Anspruch erheben. Und: Sie wollen den Nutzern künftig genaue Vor-

schriften machen, was sie zum Beispiel mit einer CD-Rom oder einem E-Book alles machen dürfen und was nicht – für Qualität und Funktionalität aber keine Verantwortung übernehmen.

*Auch US-amerikanische Bibliotheken sehen sich derzeit einer in diesem Ausmaß bisher unbekanntten Sparwelle gegenüber. Mit welchen Konzepten treten Sie gegen den finanziellen Kahlschlag an?*

Die wirtschaftliche Krise und die damit verbundenen Einschnitte in die Bibliothekshaushalte, sowohl bei Öffentlichen und wissenschaftlichen als auch bei Schulbibliotheken, machten sich Ende 2002 massiv bemerkbar. Bereits im Januar 2003 hat die American Library Association daraufhin eine spezielle Kampagne zur Rettung der amerikanischen Bibliotheken gestartet. Ich bin stolz, dass dies unter meiner Präsidentschaft geschah. Wir stellten eine Internetseite mit einer Menge Informationen bereit, wie man die eigene Bibliothek und deren Haushalt effektiv gegen Sparandrohungen verteidigen kann. Die ALA richtete ein Ko-



... für die er als Steuerzahler bereits schon auf Einkommen verzichtet hat. Das ist nicht akzeptabel.«

mittee ein, das sich mit der neuen Situation beschäftigte und startete ein breites Aufklärungsprogramm.

Wir haben die Bibliothekare darin trainiert, wie sie sich in ihrer eigenen Gemeinde gegen Mittelkürzungen wehren können. So haben Bibliothekare zum Beispiel die Möglichkeit, im Internet auf einen Musterleserbrief und einen Musterartikel zurückzugreifen, den sie an lokale Zeitungen schicken können. Diese Materialien stehen allen amerikanischen Bibliotheken und Bibliothekaren zur Verfügung. Darüber hinaus habe ich Reden gehalten in vielen Teilen des Landes,

ich gab zahlreiche Interviews im Fernsehen, im Radio und in Zeitungen. Darin stellte ich heraus, warum Bibliotheken so wichtig sind und warum bei diesen Einrichtungen auf keinen Fall gespart werden darf. Mit diesen ganzen Aktivitäten wollten wir den Bibliothekaren im Land Mut machen und ihnen zeigen, dass sie sich wehren können.

*Hat die Kampagne konkrete Ergebnisse gebracht?*

Es gab einige Erfolge. Die Regierung des Bundesstaates New York zum Beispiel hatte eine Reduzierung des Bibliothekshaushalts um 15 Prozent beschlossen. Das Parlament des Bundesstaates brachte den Vorstoß aber zu Fall. Die Regierung legte Einspruch dagegen ein, doch das Parlament wehrte sich auch erfolgreich gegen die erneute Initiative. Das heißt, mehr als zwei Drittel des Parlaments mussten schließlich gegen die Regierung stimmen. Unter den Gegnern der Kürzungen waren also auch zahlreiche Parlamentarier, die sich in dieser Frage gegen ihre eigene Partei stellten. In anderen Bundesstaaten gab es ähnliche ermutigende Vorgänge.

*In den USA ist die Informationsfreiheit massiv durch den Patriot Act bedroht. Wie gehen Sie persönlich damit um?*

Ich mag das Gesetz überhaupt nicht. Ich glaube, dass der Patriot Act eine furchtbare Bedrohung für die Freiheit ist, die US-Amerikaner bisher genossen haben. Er ist besonders eine Bedrohung für die freie Benutzung der Öffentlichen Bibliotheken. Das fundamentale Problem des Gesetzes liegt darin, dass es die Privatsphäre der Nutzer aufhebt. Darin sehe ich im Übrigen auch eine gravierende Verletzung unserer Verfassung.

Die Polizei musste bisher, bevor sie Ermittlungen in den Datenbeständen einer Bibliothek anstellte, einem Gericht glaubhaft darlegen, dass es einen begründeten Verdacht dafür gibt, dass eine bestimmte Person ein Verbrechen begangen hat oder sie sehr wahrscheinlich eines begehen wird. Der Bibliothekar konnte dagegen jedoch vor Gericht Einspruch erheben und hatte damit auch von Fall zu Fall Erfolg. Außerdem war der Bibliothekar nicht zum Schweigen verpflichtet; er konnte den Nutzer, dessen gespeicherte Daten untersucht werden sollten, informieren. Zudem durfte der Bibliothekar die Presse über die Untersuchung in Kenntnis setzen.

Unter dem neuen Gesetz ist das alles nicht mehr möglich. Für eine Nachforschung der Polizei muss kein begründeter Verdacht vorliegen. Es reicht vollkommen aus, wenn das FBI feststellt, dass die

Untersuchung für die Terrorbekämpfung von Bedeutung ist. Die Beamten präsentieren ihren Ausgangsverdacht vor einem geheimen Gericht. Danach erhalten sie einen Durchsuchungsbefehl, mit dem sie sofort zur Bibliothek gehen können. Der Bibliothekar darf niemand von der Untersuchung unterrichten. Macht er es doch, begeht er eine Straftat und kann sogar mit einer Gefängnisstrafe belegt werden. Die Behinderung für die Arbeit der Bibliothekare ist enorm, gerade weil sie sich überhaupt nicht wehren dürfen.

Jemand, der eine Öffentliche Bibliothek benutzt, hat das Recht auf Schutz seiner Privatsphäre. Es geht niemanden etwas an, was er liest. Wenn die Bibliotheken Aufzeichnungen ihrer Nutzer haben, sollten sie diese nicht weitergeben müssen. Die Bibliotheken sollten unter diesen Voraussetzungen erst gar keine Aufzeichnungen machen, mit Ausnahme der Daten, die für den Bibliotheksbetrieb unbedingt notwendig sind.

*Wie stark leidet das Vertrauen der Bevölkerung in die Bibliotheken unter dem Gesetz?*

Mir ist bisher kein Vertrauensverlust bekannt. Die Ausleihzahlen in den USA gehen weiter nach oben. Es gibt derzeit keine Hinweise in der amerikanischen Bibliotheksliteratur, dass die Nutzer weniger in die Bibliotheken kommen.

*Das heißt, die Nutzer lässt das Gesetz kalt?*

Oh nein, viele Nutzer sind sogar sehr aufgebracht über das Gesetz. Sie schreiben Leserbriefe und nehmen an Aktionen gegen den Patriot Act teil. Es gibt eine breite Lobby gegen das Gesetz – aber die Leute lesen trotzdem weiter.

*Die ALA gilt als einflussreich. Welche Aktivitäten hat der Verband in Sachen Patriot Act entwickelt?*

Die ALA ist eine sehr mächtige Organisation, aber sie kann nur Hilfestellung geben. Wir haben ein Büro in Washington mit hauptberuflichen Mitarbeitern. Sie sind dort, um an die Türen der Kongressabgeordneten zu klopfen, um ihnen zu sagen, was die Prioritäten der ALA sind, warum der Patriot Act schlecht ist, warum die Freiheitsrechte der Verfassung gut sind und warum die amerikanischen Bibliotheksbenutzer ihre Privatsphäre brauchen.

*Glauben Sie, dass das Gesetz rückgängig gemacht werden kann?*

Es gibt über 100 Städte und Bundesstaaten, die eine Resolution gegen den Patriot Act unterstützen. Es gibt immer mehr Stimmen in den USA, die sagen, dass das Gesetz geändert werden muss. Aus diesem Grund bin ich hoffnungs-

voll. Unser Engagement in dieser Sache ist im Übrigen auch ein gutes Beispiel für Deutschlands Bibliotheken und die Menge von Bibliotheksverbänden, die es hier – noch – gibt. Man darf nicht aufgeben, man muss gemeinsam kämpfen. Und das tun wir in USA. Unser Grundsatz heißt: Wer nicht kämpft, kann auch nicht gewinnen. Dabei macht es nichts aus, auch mal zu verlieren. Das heißt nicht, dass man beim nächsten Mal nicht wieder Sieger sein kann.

*Zurück nach Deutschland. Zum Abschluss ihrer Reise besuchen Sie den IFLA-Weltkongress in Berlin. Welches Signal erhoffen Sie sich von dieser Veranstaltung?*

Die IFLA spricht in Berlin vor allem über Lobbyarbeit. Ich glaube, das ist das zentrale Thema unserer Zeit. Lobbyarbeit ist wunderbar. Ich denke, die deutschen Bibliothekare sollten die Lobbyarbeit in ihr Berufsverständnis aufnehmen. Das gilt für die Berufsverbände, aber auch für die Bibliothekare selbst. Lobbyarbeit spielt bei amerikanischen Bibliotheksverbänden eine ganz, ganz große Rolle. Zu Politikern gehen, mit Menschen sprechen, das ist wichtig. Wir müssen für die Bibliotheken kämpfen. Bei knapper werdenden Ressourcen gibt den Bibliotheken niemand freiwillig etwas ab. Aus diesem Grund machen wir den ganzen Lärm. Unsere Stimme muss stark sein und überzeugend, um gehört zu werden.

*In diesem Bereich können deutsche Bibliothekare viel von ihren amerikanischen Kollegen lernen.*

In diesem Bereich, ja. Ich weiß nicht, ob diese Art von Lobbyarbeit den deutschen Bibliothekaren vertraut und geläufig ist. Ich denke, das ist etwas, worüber man dringend nachdenken muss. Damit hängt noch etwas zusammen: Ein zentrales Thema während meiner Präsidentschaft war die Bezahlung der Bibliothekare. Ich engagierte mich sehr für bessere Gehälter. Dazu gehört jedoch, dass Bibliothekare den Wert ihrer Arbeit sehen und erkennen. Wenn sie es nicht tun, tut es niemand.

Die Bibliothekare müssen sich um sich selbst kümmern. Wenn sie nicht davon überzeugt sind, dass ihre Arbeit wichtig ist, wird ihre Arbeit keine Anerkennung finden. Der Öffentlichkeit und vor allem den Politikern muss deutlich gemacht werden, dass die Arbeit der Bibliotheken von großer Bedeutung ist – und dass die Bibliothekare aus diesem Grund gutes Geld verdienen müssen. Wenn man Informationsspezialisten fürs 21. Jahrhundert will, dann muss man ihnen auch Gehälter fürs 21. Jahrhundert bezahlen. <